

Die intellektuellen Verächter der Marktwirtschaft

Von Otmar Issing

In jeder größeren Krise betreten Auguren die Bühne, die das Ende des Kapitalismus prophezeien. Solche Vorhersagen reichen weit in die Vergangenheit zurück. Bisher handelt es sich dabei ausschließlich um Fehlprognosen, der Kapitalismus hat stets überlebt und ist aus Krisen oft noch gestärkt hervorgegangen. Die marxische These von der Zwangsläufigkeit der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung mit dem unvermeidlichen Untergang des kapitalistischen Systems hat sich schlichtweg als falsch erwiesen.

Ein lange für unmöglich gehaltener Krieg in Europa, die bedrohliche globale Umweltkrise, das beschworene Ende des fossilen Zeitalters, zunehmende geopolitische Spannungen mit der Gefahr von Wirtschaftskriegen, absehbare Verteilungskämpfe und der beeindruckende Erfolg des chinesischen Wirtschaftsmodells schaffen eine Konstellation, in der es nicht an Propheten fehlen wird, die abermals - und dieses Mal mit besonderem Nachdruck - das Ende des Kapitalismus verkünden. Die Vielfalt der Krisenherde lässt sie hoffen, der Kapitalismus werde dieses Mal endgültig scheitern.

Neben diesen zyklischen Wellen begleitet den Kapitalismus die konstante, sozusagen "treue" Gegnerschaft vieler Intellektueller. Ihre Einstellung macht im Allgemeinen keinen Unterschied zwischen den beklagenswerten Zuständen im ungezügelten Manchesterkapitalismus des 19. Jahrhunderts und den modernen marktwirtschaftlichen Systemen, in denen der Staat eine wesentliche Rolle spielt, mit Interventionen aller Art das Wirtschaftsgeschehen korrigiert und lenkt und das soziale Netz immer weiter ausspannt. So gelten denn auch die meisten Attacken im Kern dem "Markt" als wirtschaftlichem und zudem gesellschaftlichem Lenkungssystem. Der Angriff zielt schlichtweg auf den "Kapitalismus" als solchen - unter diesem Banner entfällt dann auch die Notwendigkeit, zwischen den vielfältigen Ausprägungen zu differenzieren.

Diese Gegnerschaft speist sich aus ganz verschiedenen Quellen. An erster Stelle zu nennen ist das Unvermögen, die Komplexität des Wirtschaftsgeschehens zu verstehen und zu erkennen, dass nur über den Markt die Entscheidungen von unzähligen Konsumenten und Produzenten, nicht nur im Inland, sondern über den Globus verstreut, erfolgreich koordiniert werden können. Alle Versuche, dieses Problem durch staatliche Planung zu lösen, sind in der Praxis kläglich gescheitert. Daran wird auch der Einsatz neuester Informationstechnologien grundsätzlich nichts ändern.

Der österreichische Nationalökonom Joseph Schumpeter hat den Markt als Medium der "schöpferischen Zerstörung" bezeichnet, das obsoletere Aktivitäten verdrängt und Platz für den Fortschritt schafft. Eng damit verbunden fungiert der Markt als wirksames Anreizsystem, indem er erfolgreiche Innovationen über Gewinne belohnt. Die Wirtschaftsgeschichte bietet dafür eine unübersehbare Zahl Beispiele. In der Pandemie hat sich die Überlegenheit des Marktsystems wieder überzeugend bewiesen. Man nehme nur das Unternehmen Biontech. Das Ehepaar Sahin reagierte auf den Ausbruch der Pandemie, wesentlich finanziert durch privates Wagniskapital, mit der Konzentration seiner Forschung auf die Suche nach einem Impfstoff. Innerhalb einer unerwartbar kurzen Frist präsentierte es eine Lösung, die Millionen Menschen das Leben gerettet hat.

Dieser überzeugende Nachweis für die Wirksamkeit des Marktes als Anreizmechanismus wird auch dadurch nicht geschwächt, dass diese Forschung auf dem Fundament staatlich finanzierter Grundlagenforschung durchgeführt wurde. Marktwirtschaft ist schließlich keine Veranstaltung im politikfreien Raum. Sie ist eingebunden in die staatliche Ordnung. Förderung der Wissenschaft ist

eine zutiefst staatliche Aufgabe. Erst im Zusammenspiel von Staat und Markt stellen sich die besten Ergebnisse ein.

Marxisten unter den Intellektuellen halten oft, unausgesprochen oder implizit, an der Auffassung von der Zwangsläufigkeit der Geschichte fest. Danach folgt die Entwicklung einem unaufhaltsamen Prozess, der von den ersten Stufen der Stammesgesellschaft über den zunächst triumphierenden Kapitalismus schließlich zur kommunistischen klassenlosen Gesellschaft führt. Wie vor allem der Philosoph Karl Popper überzeugend dargelegt hat, entbehrt die Lehre vom historischen Determinismus jeglicher wissenschaftlicher Begründung. Umso mehr erregte Erstaunen, dass ein liberaler Vertreter mit dem Sieg von Demokratie und Marktwirtschaft über Diktatur und Planwirtschaft glaubte, das "Ende der Geschichte" verkünden zu müssen. Diese These musste schon im Moment ihrer Verkündung als falsch gelten - in der weiteren Entwicklung hat sich die Welt wieder weit von der erhofften neuen Ordnung entfernt. Das schließt nicht aus, dass sich im Suchen nach der besseren Lösung - nach Popper eine intrinsische Eigenschaft menschlichen Lebens - schließlich eine solche Welt herausbildet. Das mag man glauben oder nicht, jedenfalls dürfte die Geschichte bis dahin noch mit vielen Volten überraschen.

Die stärkste Wurzel in der Skepsis, ja Feindschaft gegenüber der Marktwirtschaft liegt jedoch in der Kritik, dieses System verstoße zwangsläufig gegen fundamentale Prinzipien der Gerechtigkeit. Unter Ökonomen wird seit Jahren eine heftige Diskussion über Ungleichheit in der Verteilung von Einkommen und Vermögen geführt. Auch Befürworter des Marktsystems sehen hier eine Bedrohung, die aus hoher und vor allem zunehmender Ungleichheit zu abnehmender politischer Akzeptanz dieses Lenkungssystems führt. Diese Auffassung verbindet sich mit dem Vorwurf, wirtschaftliche Macht greife auf den politischen Bereich aus und bestimme dann weitgehend auch die staatliche Politik. In dieser Kombination bleibt der Weg zu einer Reform des Systems verschlossen.

Für viele intellektuelle Nichtökonomien bedarf es dieses Umwegs erst gar nicht. Die Marktwirtschaft ist für sie per se unsozial, ungerecht. Eine weitere Begründung ist daher nicht erforderlich, zumal der Sozialismus als die überlegene, auf Gerechtigkeit basierende Ordnung bereitsteht. Die Publikationen auf dieser Linie nehmen dann oft religiöse Züge an.

An den religiösen Charakter erinnern die einer Pilgerfahrt gleichenden Reisen zahlreicher westlicher Intellektueller in die Sowjetunion zur Zeit des stalinistischen Terrors. Die Liste der Bewunderer des sozialistischen Systems enthält zahlreiche prominente Namen, vom Ehepaar Webb, George Bernard Shaw, Eric Hobsbawm bis Lion Feuchtwanger. Diese Autoren haben ihre Begeisterung in Kommentaren hinterlassen, die aus heutiger Sicht an Absurdität kaum zu überbieten sind. Tiefe Zweifel an der Urteilsfähigkeit der auswärtigen Besucher hätten allerdings schon damals aufkommen müssen. (Kristian Niemietz präsentiert in seinem Buch "Sozialismus" eine Fülle Belege zu solchen Auslassungen in dieser und den folgenden Epochen sozialistischer Experimente.) Die weit überwiegende Reaktion "zu Hause" war jedoch von Kritik weit entfernt. Gerade in England förderten ihre die Wirklichkeit ignorierenden Berichte ihr Renommee als intellektuelle Leader.

Die Geschichte der intellektuellen Apologeten sozialistischer "Modellwirtschaften" setzte sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in vielen Varianten, aber immer mit dem gleichen Tenor fort. Ein Mao Tse-tung, dessen sozialistischer Wahn das Leben unzähliger Chinesen zerstört und zig Millionen den Tod gebracht hat, fand im Westen lange Zeit enthusiastische Bewunderer. Man mag es kaum glauben, selbst die Roten Khmer, die in Kambodscha ein Horrorregime ausgeübt haben, blieben nicht ohne intellektuelle Bewunderer. Muss man noch an das Nordkorea des Gründers Kim erinnern, dem religiöse Heilsbotschaften der Autorin Luise Rinser galten?

Für die Linke verkörperte zuletzt der Sozialismus eines Hugo Chávez die Hoffnung auf einen neuen Sozialismus, der den Menschen Frieden und Gerechtigkeit bringen wird. In dem Land mit den vermutlich größten Ölreserven der Welt herrscht inzwischen bittere Armut. Unter dem Terror eines diktatorischen Regimes haben Millionen Venezuela verlassen. Für liberale Ökonomen und nüchterne Betrachter war diese Entwicklung von der Zerstörung der Marktwirtschaft bis zur politischen Diktatur absehbar, geradezu zwangsläufig. Hat die krasse Fehleinschätzung den Apologeten im Westen wie Naomi Klein oder Noam Chomsky im öffentlichen Ansehen geschadet? Keine Rede davon. In Großbritannien stand ein Anhänger wie Jeremy Corbyn davor, Premierminister zu werden. Und in Deutschland? Oskar Lafontaine und Sahra Wagenknecht begrüßten enthusiastisch die Politik von Chávez. Zu seinem Tod veröffentlichte die Spitze der Partei Die Linke eine Pressemeldung, in der sie Chávez als "unerschrockenen Verfechter für eine neue, gerechte Welt" feierte und seinen Nachfolgern ihre "solidarische Unterstützung" zusicherten.

In Deutschland begann nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ein in der Wirtschaftsgeschichte - lassen wir Korea beiseite - einmaliges wirtschaftliches und gesellschaftliches Experiment. Im Westen wurden mit der Währungsreform und den mit dem Namen Ludwig Erhard verbundenen Wirtschaftsreformen, eingebettet in die parlamentarische Demokratie, die Weichen für Wirtschaften in Freiheit und schon bald auch beginnendem Wohlstand gestellt. Im Osten dagegen herrschte politische Diktatur und sozialistische Planwirtschaft.

All die sonst einen Vergleich von Ländern erschwerenden Faktoren wie Unterschiede in Klima, Religion oder in der Qualifikation der Bürger spielten hier keine Rolle. Das Ergebnis ist bekannt, sollte es wenigstens sein. Das alternative System im Osten hatte Ende der Achtzigerjahre total abgewirtschaftet. Die verständliche Rücksichtnahme auf das Befinden der Landsleute im Osten hat sich schon längst in vielen legendenhaften Beschönigungen der damaligen Verhältnisse gerächt. Nicht zuletzt hat sich auch die Mär von der gerechten Verteilung in der ehemaligen DDR erhalten und verfestigt. Zwar ist es wahr, dass beispielsweise der Arzt kaum mehr verdient hat als der Facharbeiter. Es sei einmal dahingestellt, ob diese Gleichstellung sinnvoll ist und das Kriterium "Gerechtigkeit" erfüllt. Aber nicht vergessen, sondern nie wirklich thematisiert ist die horrende Privilegierung der Parteiführung und anderer "Eliten". Als generelles Merkmal der Forschung zur "größeren Gerechtigkeit" im Sozialismus kann man beobachten, dass die Statistiken zur Verteilung der Einkommen keinerlei Rückschlüsse auf die einzigartigen Vorzüge der herrschenden Klasse in Form von Häusern, medizinischer Versorgung, Zugang zu "Westwaren" et cetera zulassen und damit einen verzerrten Vergleich bieten.

Die Verhältnisse in der ehemaligen DDR liefern auch überwältigendes Beweismaterial für die extreme Umweltverschmutzung. Wer je vor oder kurz nach dem Fall der Mauer nach Bitterfeld gekommen ist, kann nur den Kopf schütteln, wenn er die Plakate der Demonstranten zum Schutz der Umwelt sieht, die die Lösung der Probleme in der Abschaffung des Kapitalismus sehen. Weltweit wurden in der Vergangenheit die größten Umweltschäden dort begangen, wo staatliches Eigentum und sozialistische Planwirtschaft zusammengewirkt haben.

Mit dem bevorstehenden Wirtschaftsabschwung und der besonderen Unzufriedenheit in den östlichen Bundesländern wird auch die Systemdebatte in Deutschland neue Fahrt gewinnen. Man wird nicht lange warten müssen, bis zahlreiche Intellektuelle wieder mit ihrer Propaganda für sozialistische Ideen beginnen. Sie werden damit an eine unselige Tradition anknüpfen, mit denen ihre Altvorderen bereits in der Vergangenheit versucht haben, die Köpfe zu vernebeln.

Die Wurzeln der Marktfeindlichkeit reichen weit in die Geschichte zurück. Platon steht als prominenter Vertreter an vorderster Stelle. Seine Verachtung für das Wirtschaften, insbesondere für den Händler, verbunden mit der Vorstellung der optimalen Staatsverfassung mit dem

"© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt. Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

Philosophenkönig an der Spitze, haben über all die Jahrhunderte hinweg tiefe Spuren nicht nur in der Philosophie hinterlassen. Den Bogen von hier über viele Zwischenstationen bis zum Anspruch moderner Intellektueller zu spannen scheint auf den ersten Blick weit hergeholt. Und doch sind die gleichen Wurzeln unschwer zu erkennen. Das deckt sich auch mit der Beobachtung, dass diese elitäre, sich jedenfalls elitär fühlende, Gruppe mit wenigen Ausnahmen nicht in die aktive Politik drängt. Die Rolle des Königs ist nun einmal nicht zu vergeben, da müsste man sich in der Demokratie schon mit den Schwierigkeiten des Alltags abmühen. Dann ist es schon besser, die Vorstellung einer besseren Welt zu propagieren- wofür sich der Sozialismus bestens eignet.

Einige Jahrhunderte später haben die großen Religionen in die gleiche Richtung gewirkt. Die Geschichte vom Kommunismus in den Gemeinden der Urkirche dient immer wieder als Referenzpunkt für eine bessere Gesellschaft. Die Entwicklungsgeschichte des Christentums verlief zu vielschichtig, als dass man seine Position zur Wirtschaft auf einen einfachen Nenner bringen könnte. Aber man wird den beiden christlichen Kirchen keinen großen Tritt antun, wenn man sie nicht gerade als Verteidiger des Kapitalismus einschätzt. (Die Schule von Salamanca oder die katholische Soziallehre bilden die große Ausnahme. Der jetzige Papst verkörpert sozusagen die kirchliche Speerspitze gegen den Kapitalismus.)

Mit seinen vielfältigen, außerhalb des Ökonomischen liegenden Quellen ist und bleibt der Sozialismus eine Idee, die ungeachtet aller in der Realität gescheiterten Versuche als eine Art intellektueller Überlebenskünstler bezeichnet werden kann. Den Sozialismus als eine hoffnungslos gescheiterte Idee zu bezeichnen heißt aber noch lange nicht, den Kapitalismus in all seinen Ausprägungen gutzuheißen. Es reicht auch nicht, auf den fundamentalen Unterschied zwischen einem ungezügelt Manchesterkapitalismus und modernen Marktwirtschaften hinzuweisen. Vorgänge wie die Bankenkrise, in der nach großen privaten Gewinnen Verluste sozialisiert wurden, pervertieren die Argumente für die Marktwirtschaft. Dieser Sündenfall wird auch dadurch nicht geheilt, dass der Staat in der Regulierung und Aufsicht der Banken krass versagt hat.

Es genügt auch nicht, soziale Gerechtigkeit im Sinne des österreichischen Ökonomie-Nobelpreisträgers Friedrich A. von Hayek als "Wieselwort" zu bezeichnen (wie ein vom Wiesel ausgesaugtes Ei seines Inhalts beraubt). Mit dem Ruf nach mehr (sozialer) Gerechtigkeit werden weltweit ideologische Schlachten geschlagen, Wahlkämpfe bestritten und immer wieder auch gewonnen. Liberale Botschaften, wie die des Philosophen John Rawls, sind schwer in ein schlagkräftiges Motto umzusetzen - eine schwierige Herausforderung.

Die Verteilungsfrage drängt auf Antworten ebenso wie eine für die eigenständige Lebensführung, Chancengleichheit und Teilhabe erforderliche Bildung. Wirtschaftliche Macht in die Schranken zu verweisen ist seit jeher ein Petitum der Ordoliberalen. Im Zeitalter der modernen Netzwerkwirtschaft ist dies eine ebenso dringende wie schwierige Aufgabe geworden. Gegenüber vermutlich niemals endenden Verheißungen eines besseren Lebens wird die Marktwirtschaft mit ihren hohen Anforderungen an persönliche Verantwortung immer dafür kämpfen müssen, die Zustimmung der Bürger zu gewinnen.

Wer sich in Deutschland für einen Intellektuellen hält und als solcher in der Öffentlichkeit anerkannt sein will, steht mit einem Bekenntnis zur schreienden Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft und sozialistischen Verheißungen auf der sicheren Seite. Und wem es an geistigem Format fehlt, der surft sozusagen am besten auf dieser Welle mit. Inzwischen tauchen auch immer häufiger Wirtschaftsführer auf, die sich auf dem Ruhebett hoher Einkommen mit dem Mäntelchen des nachdenklichen Intellektuellen schmücken wollen.

Der Titel des Beitrags bezieht sich auf eine, freilich prominente, Gruppe unter den Intellektuellen. Einige sind zu gescheit, um sich der simplen, ideologischen Kapitalismuskritik anzuschließen. Der kürzlich verstorbene Hans Magnus Enzensberger hat in einem Gespräch im Mai dieses Jahres erklärt: "Die Verwandlungsfähigkeit des kapitalistischen Systems ist schwer zu schlagen. Es ist wie bei einem Virus, das dauernd mutiert. So wird dann auch der Untergang des Kapitalismus, der immer wieder prophezeit wird, immer wieder - gerade noch! - verhindert. Der Kapitalismus ist den Untergangspropheten stets eine Nasenlänge voraus."

Ein unvoreingenommener Blick in die Geschichte erbringt einen eindeutigen Befund. Alle Experimente mit der Umsetzung des Sozialismus in die Realität sind am Ende gescheitert. Freiheit und Wohlstand gedeihen auf Dauer nur in der Verbindung von demokratischem Rechtsstaat und marktwirtschaftlicher Ordnung. Sollten sich die intellektuellen Verächter der Marktwirtschaft nicht auch einmal mit dieser Realität auseinandersetzen? Auch wenn der Blick in die Ideengeschichte dafür wenig Hoffnung verheißt, gilt es doch, die Auseinandersetzung immer wieder aufzunehmen.

Kasten:

Der Autor

Otmar Issing (86) war der erste Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank.

Geldpolitik und Kapitalmärkte ließen den international bestens vernetzten

Ökonomen auch nach seinem Ausscheiden aus dem EZB-Direktorium 2006 nicht los.

Erst kürzlich zog er sich von seinem Amt als Präsident des Center for

Financial Studies an der Frankfurter Goethe-Universität zurück. Öffentlich

ist der Marktwirtschaftler weiterhin sehr präsent. In Artikeln, Interviews oder

auf Podien verteidigt er die Grundlagen einer liberalen Wirtschaftsordnung.

hig.